



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/223 - 25.9.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-32
Fernschreiber 039890

Gefahr für Bayern-Koalition?	S. 1
Die dänischen Wahlen und die dänische Minder- heit in Schleswig-Holstein	S. 3
Katholische Staatsgewerkschaften?	S. 5
Kritische USA-Stimme zur EVG	S. 7

Die politische Lage in Bayern

Von Waldemar von Knoeringen

Bei den Bundestagswahlen konnte die Sozialdemokratie in Bayern ihren Stimmenanteil gegenüber 1949 um 0,5 % verbessern. Sie hat etwa 110.000 Stimmen neu hinzugewonnen. Der Erfolg, den die CSU verzeichnen konnte, ist in der Hauptsache auf die Niederlage der Bayernpartei zurückzuführen. Dabei ist besonders bemerkenswert, dass die Bayernpartei ihren Wahlkampf fast ausschliesslich gegen die Sozialdemokratie und ihre Beteiligung an der Bayerischen Regierung geführt hat. Damit hat sie aber bei den Wählern keinen Eindruck gemacht.

Gleich nach der Wahl glaubten einige Vertreter der CSU, dass der Erfolg ihrer Partei auch auf die Landespolitik Rückwirkungen haben müsste. Mutmassungen über eine Auflösung der Bayerischen Koalition verstummten aber sehr bald, als nach dem Überschwang der Siegesfreude eine ruhigere und nüchterne Beurteilung der Lage Platz gegriffen hatte. Bis auf bestimmte Kreise, denen die Koalition CSU - SPD - BHE in Bayern schon immer ein Dorn im Auge war, hat man sich allmählich doch davon überzeugen müssen, dass die Ergebnisse der Bundestagswahl nicht einfach auf das Land Bayern übertragen werden können und dass vor allem bei Landtagswahlen sich bestimmt nicht das gleiche günstige Ergebnis wie am 6.9. erzielen lassen würde. Den Einsichtigen aber war von vornherein klar, dass auf der Landesebene andere Fragen zur Entscheidung stehen als auf der Bundesebene.

Den neuesten Versuch, den Erfolg bei den Bundestagswahlen auch in Bayern auszunützen, stellt die Erklärung des Vorsitzenden der CSU-Landtagsfraktion, Prälat Meixner, dar, der vor wenigen Tagen der Presse mitgeteilt hatte, bei der Behandlung der kulturpolitischen Fragen werde sich zeigen, ob die anderen Parteien, d.h. also insbesondere die SPD, bereit sind, den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen. Insbesondere stellte Prälat Meixner die nun zur Debatte stehende Lehrerbildungsreform in den Vordergrund, bei der die CSU eine konfessionelle Lehrerausbildung durchsetzen will.

Mit diesem Problem hat sich kürzlich die sozialdemokratische Landtagsfraktion sehr eingehend befasst. Nach ihrer Auffassung kann die Neuordnung der Lehrerbildung in Bayern nicht in der Form eines kulturpolitischen Machtkampfes stattfinden. Nicht Parteipolitik, sondern die Grundsätze der Verfassung, der Toleranz, der Vernunft und die Erkenntnisse moderner Erziehungswissenschaften sollen dabei die ausschlaggebende Rolle spielen. Die Fraktion brachte ferner zum Ausdruck, dass eine Gefährdung der positiven Arbeit der Bayerischen Koalitionsregierung aus den Beratungen über die Lehrerbildungsreform nicht entstehen wird, es sei denn, man wolle sie künstlich aus parteiegoistischen Gründen schaffen.

Bei der Frage der Regierungspolitik in Bayern spielen andere Gesichtspunkte eine Rolle in Bonn. Die Demokratie in Bayern ruht heute auf der aktiven Zusammenarbeit der beiden grossen demokratischen Parteien CSU und SPD. Die SPD hat ihre Bereitschaft dazu in den zurückliegenden Jahren unter Beweis gestellt. Sollte heute aber versucht werden, die SPD durch Machtentscheidungen aus der Mitarbeit hinauszudrängen, so würde dies für Bayern einen bedenklichen Zustand innerer Auseinandersetzungen schaffen. Die Sozialdemokratie würde daraus ernste Konsequenzen zu ziehen haben.

+ + +

Der Weg zu einem echten Ausgleich ist frei

- gg. Die dänischen Reichstagswahlen vom 22. September haben für die Sozialdemokraten eine relativ und absolut stärkere Position erbracht, sie haben ein Anwachsen der Stimmzahl für die deutsche Minderheit und eine totale Niederlage der "Partei der Unabhängigen" ergeben, die eine "aktive Südschleswig-Politik" als Antwort auf die Verluste der Dänen bei der Bundestagswahl im deutschen Schleswig gefordert hatte.

Nördlich wie südlich der deutsch-dänischen Grenze entwickeln sich die Dinge in Richtung auf eine Normalisierung. Die stärkere, echte deutsche Minderheit im 1920 abgetretenen Fordschleswig ist wieder im dänischen Reichstag vertreten, die zahlenmässig immer noch bedeutendere, aber grossenteils unechte, nur unter den besonderen Verhältnissen der Nachkriegszeit, aus einer gewissen Reichsverdrossenheit aufgeblähte dänische Minderheit verlor ihre Repräsentation im Bundestag. Sie behält jedoch ihre Vertretung im schleswig-holsteinischen Landtag.

Diejenigen dänischen Parteien, die sich der antideutschen nationalistischen Welle, die die Besetzung Dänemarks erzeugt hatte, versagt, jede staats- und grenzpolitische Forderung an Deutschland abgelehnt hatten, demonstrieren. Die Parole "aktive Südschleswig-Politik", Fortsetzung und Verstärkung der "Kulturoffensive" zog nicht mehr. Der Weg zu einem echten Ausgleich ist frei geworden. Ein Übereinkommen in bezug auf die gegenseitigen Minderheiten dürfte nichts mehr im Wege stehen.

Damit bewährt sich die Politik der früheren sozialdemokratischen Landesregierung Schleswig-Holsteins, die jenen erstaunlichen dänischen "Gegenangriff", der zehntausende von hungernden Deutschen zunächst zu einem Wechsel ihres nationalen Bekenntnisses verleitet hatte, als eine nicht dauerhafte psychologische Kriegsfolge begriff. Sie hütete sich, mit nationalistischen Tönen zu antworten. Die Entwicklung hat ihr überzeugend recht gegeben.

Der Besuch dänischer Schulen erwies sich für die Schüler, deren Gros niemals echte Zweisprachigkeit zu erreichen vermag, als Schädigung ihrer wirtschaftlichen Zukunft. Die stärkere Anziehungskraft des grösseren Wirtschafts- und Sprachraumes setzte sich natürlich durch, nachdem das Interesse an Speckpaketen erloschen war. Es rückt der Zeitpunkt in absehbare Nähe, zu dem dänische Schul- und Gemeindehausbauten sich zwangsläufig als überdimensioniert erweisen und aufgegeben werden müssen. Umgekehrt erhält die deutsche Minderheit nördlich der Grenze ihre 1945 beschlagnahmten Einrichtungen nach und nach zurück.

In das fast tausend Jahre umkämpfte Grenzland im Norden zieht wieder der Friede ein, der an dieser Grenze vor 1933 schon geherrscht hat. Erst der Nationalismus und die deutschen Gleichschaltungsbestrebungen während der Besetzung Dänemarks hatten neue Unruhe erzeugt und alte Gegensätze bis zur Weissglut gesteigert. Dennoch musste die aus nationalistischem Überschwang und angesichts der totalen Ohnmacht Deutschlands vorgetragene dänische Annaktionspropaganda scheitern. Auch die britische Besatzungsmacht hatte sich ihr widersetzt, wie sie ebenso hohnlächelnd über die Petitionen der nieder-sächsischen Welfen hinweggegangen war, das Gebiet des früheren Königreichs Hannover dem Commonwealth anzuschliessen.

Jeder Kenner der Verhältnisse wird allerdings damit rechnen, dass Dänemark eine groszügige Minderheitenfürsorge fortsetzen wird. Der als schmerzlich empfundene Einflussverlust in Schleswig könnte sogar zunächst auch Reibungen noch verschärfen. Es wird erforderlich sein, auf deutscher Seite mit Geduld und weisem Masshalten zu reagieren. Die endgültige Normalisierung der Verhältnisse, deren Unabwendbarkeit in den Parlamentswahlen in Dänemark und in der Bundesrepublik deutlich wurde, würde dadurch nur beschleunigt werden.

+ + +

Katholische Staatsgewerkschaften?

Uns geht von einem einfachen Mitgliede des DGB die folgende Stellungnahme zu dem "christlichen" Gleichschaltungsangriff auf den DGB zu. Die Hinweise der Verfasserin auf die katholischen Zielsetzungen dieses Angriffs scheinen uns besonders wichtig.

Es erhebt sich die Frage: Inwieweit sind die Forderungen der Katholischen Arbeiterbewegung berechtigt? Worauf stützen sie sich? Auf die Entscheidung der Wähler? Mir scheint, das ist doch etwas sehr gewagt. Man kann nicht einfach die Mehrheit der Wählerstimmen gleichsetzen mit einer Entscheidung der DGB-Mitglieder.

Man muss zunächst bedenken, dass etwa die Hälfte der Wähler Frauen und von diesen wieder der überwiegende Teil politisch uninteressiert waren. Kann man das einfach übertragen auf die Stimmen der Gewerkschaftsmitglieder? (Kleines Gespräch am Wahltage in der wartenden Frauen-Schlange: "Die Saar? Na, da kann doch der Adenauer beim besten Willen nichts dran machen, da sitzt doch der Russe drin!") Man kann das Votum der Selbständigen, der gehobenen Beamten und Angestellten, die in nur sehr geringer Masse organisiert sind, genau so wenig wie das der Berufslosen als Entscheidung des Gewerkschafters hinstellen. Das geht nicht, das ist Demagogie. Allein entscheidend für den organisatorischen und personellen Aufbau des DGB ist die Stimme der Mitgliedschaft und der von ihr demokratisch gewählten Vertreter. Nur sie allein kann bestimmen, ob Veränderungen notwendig sind. Jeder Eingriff von aussen muss von uns leidenschaftlich abgelehnt werden, wenn wir uns nicht ins Gesicht schlagen und die demokratischen Wahlen innerhalb des DGB als Klissenschieberei hinstellen lassen wollen. Damit wäre jede Regierung - theoretisch also auch eine kommunistische - zu gleichen Handlungen legitimiert.

Als zweites Argument führt die Katholische Bewegung immer wieder die angeblich mangelnde Berücksichtigung christlicher Anliegen innerhalb des DGB an. Aber Johannes Eben selbst stellt in Nr.12/52 der "Ketteler Wacht" fest: "Die Christen - Katholiken und Protestanten - leben in Deutschland in einer Demokratie, in der die Mehrheit regiert." Er stellte in einer früheren Ausgabe ebenfalls

fest, es bestehe kein Zweifel an der Tatsache, dass die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder zu den Ideen des Sozialismus neige oder Sozialisten sind. Es sei auch schwierig, in einer Mitgliedschaft, die sich aus Anhängern verschiedener Weltanschauungen zusammensetzt, die christliche allein durchsetzen zu wollen. Und in Nr. 14 des gleichen Organs kann man lesen:

"Es gibt noch sehr viele katholische Arbeiter, die nicht zur Standesorganisation gehören. Die Zahl derer, die auf den Besuch unserer Versammlungen verzichten, ist bedenklich hoch Wie gross könnte ihre (der KAB, D. Verf.) Stosskraft sein, wenn der grösste Teil der katholischen Arbeiterschaft eine aktive Teilnahme bekundete!"

Und der "Michael", die Zeitschrift der katholischen Jugend, weist auf einen anderen, sehr wichtigen Grund hin. In der Ausgabe vom 18. Januar 1953 kann man unter der Überschrift "Falsche Fronten" lesen:

"Es muss einmal festgestellt werden, dass der Begriff 'christliche Gewerkschaften' sehr irreführend ist. Denn wenn etwa von der Katholischen Arbeiterbewegung aus solche Gewerkschaften ins Leben gerufen würden, dann wären es wohl katholische Gewerkschaften. Es ist nicht bekannt, dass mit autoritativen protestantischen Stellen über die Gründung von christlichen Gewerkschaften verhandelt wird. Man kann auch kaum annehmen, dass die Protestanten unter der Führung der Katholischen Arbeiterbewegung christliche Gewerkschaften mitbegründen würden. Wenn man aber katholische Gewerkschaften will, dann würde dieser Splitterverein, dem sicher nur ein Bruchteil sogar auch Katholischer Arbeiterbewegungs-Mitglieder Folge leisten würde, zwar nicht den DGB gefährden, wohl aber den Grundsatz einer überkonfessionellen christlich-demokratischen Politik radikal über den Haufen werfen. (Inzwischen ist zwar ein Vertreter der "Evangelischen Arbeitervereine" hinzugezogen worden. Dieser spielt jedoch in der KAB überhaupt keine Rolle.)

Damit hat "Michael" ausgesprochen, was auf einen überragenden Teil der protestantischen Arbeitnehmer zutrifft. Ein Beitritt zu einer "christlichen" (katholischen) Gewerkschaft, die aufgebaut ist nach den Grundsätzen der katholischen Soziallehre, ist mit der Gewissensfreiheit des Protestanten unvereinbar.

Die Gründung katholischer Gewerkschaften wäre jetzt von vornherein mit dem Odium einer Staatsgewerkschaft belastet. Aus welchen Mitteln, wenn nicht aus staatlichen oder klerikalischen, würde eine sol-

che Gewerkschaft ihre Existenz bestreiten? Dies wäre gleichbedeutend mit der Aufgabe der Unabhängigkeit. Der DGB hat aber seit seinem Bestehen bewiesen, dass er unabhängig sein und bleiben will. Er hat bewiesen, dass sich dieses Bestreben genau so gegen Moskau richtet wie gegen eine eventuelle sozialistische Staatführung. Dass dies auch einer Gewerkschaft mit grosser sozialistischer Mitgliederzahl möglich ist, beweisen uns die Vorgänge in Skandinavien und England.

Hildegard Riedel

+ + +

Massgebliche amerikanische Stimme bezweifelt Zweckmässigkeit der EVG

(sp) Am Tage nach den Bundestagswahlen erschien in der internationalen Ausgabe der amerikanischen Bilderzeitschrift "Life" ein ganzseitiger Leitartikel unter der Überschrift "Unsere Ziele in Europa. Sie sind grösser als EVG und sind vielleicht auf anderen Wegen schneller erreichbar."

Einleitend stellt der Leitartikler fest, dass der bekannte Brief des Präsidenten Eisenhower an den Bundeskanzler eine kleine, aber bedeutungsvolle Gewichtsverlagerung in der Europa-Politik der Vereinigten Staaten darlegte. In diesem Brief gab der Präsident der Befreiung Ostdeutschlands, wie es in amerikanischer und Adenauer-scher Sprache heisst, den Vorrang vor der Einheit Europas in der Reihenfolge der diplomatischen Aufgaben.

Der Leitartikler behauptet, dass der Vorrang des EVG-Vertrages auf der Aussenministerkonferenz der drei Westmächte in Washington im Juli aufgegeben wurde, indem sich Dulles der Meinung des französischen Aussenministers Bidault anschloss, den EVG-Vertrag nur dann zu ratifizieren, wenn die Viermächtekonferenz erfolglos ausgehen sollte.

Für Männer, die, wie Dulles und Eisenhower, zutiefst dem Wiederaufbau und der Wiederaufrüstung Europas verschrieben sind, schreibt "Life", ist die schöne Maschinerie der EVG gewiss nicht das beste diesjährige Werkzeug. Falls die Politik Amerikas fest bleibt in ihrer grundlegenden Zielsetzung, könne sie umso mehr elastischer sein in den Methoden und in der Reihenfolge. Neben der Einheit Deutschlands gibt es viele andere europäische Probleme, die günstigere Möglichkeiten als die EVG für die Förderung der amerikanischen Zielsetzung bieten. Falls Eisenhower und Dulles sich in anderen Hinsichten geschickt und entschlossen zeigen, könne die EVG warten, schliesst der Leitartikel.

Dieser Leitartikel ist um so beachtenswerter als er in einer Zeitschrift erscheint, die Millionen Leser in aller Welt hat. Kein Leitartikel erscheint in der Zeitschrift ohne umfassende Vorbereitung und Beratung mit massgeblichen und sachverständigen Leuten in der Wirtschaft, der Verwaltung und der Politik. In diesem Fall erscheint der Leitartikel zufällig ausserdem nach einer Rundreise des Herausgebers, Henry Luce, durch Europa, eine Rundreise, die ihn auch nach der Bundesrepublik und Bonn geführt hatte.